

Bericht

NGO-Forum und UNECE-Ministerkonferenz „Eine nachhaltige Gesellschaft für alle Lebensalter – die Potenziale des längeren Lebens erkennen“

20.-22.09.2017

Lissabon, Portugal



Vor 15 Jahren wurde in Madrid der Zweite Weltaltenplan der Vereinten Nationen (MIPAA) und in Berlin die Regionale Implementierungsstrategie der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen verabschiedet. Seitdem überprüfen die 56 UNECE-Staaten alle fünf Jahre die Fortschritte in der Umsetzung ihrer Selbstverpflichtungen und ziehen Bilanz. Nationale Berichte der einzelnen Länder geben einen Überblick zum Stand der Umsetzung, ebenso wie der daraus verfasste Synthese-Bericht der UNECE.

In der UNECE-Ministerkonferenz in Lissabon tauschten sich die Länder zum Stand der Umsetzung aus und verabschiedeten eine Ministererklärung, die Leitlinien für die kommenden fünf Jahre formuliert. In dem vorgeschalteten Forum für zivilgesellschaftliche Organisationen und im Forum für Wissenschaft und Forschung wurden ebenfalls Erklärungen verabschiedet und bei der Ministerkonferenz vorgetragen.

Im Kontext der Umsetzung des UN-Zweiten Weltaltenplans sind ältere Menschen durch die demografischen Veränderungen weltweit mit größer werdenden Herausforderungen konfrontiert: Alterssicherung, Zugang zu Erwerbstätigkeit und lebenslangen Lernen, Qualität der Pflege und Zugänge zu medizinischer Versorgung, Digitalisierung, gesellschaftliche Teilhabe sowie Altersbilder und Altersdiskriminierung sind nur einige Beispiele. Dementsprechend legte die Ministerkonferenz den Schwerpunkt auf die drei Themenbereiche: 1. Die Potenziale des längeren Lebens erkennen, 2. Längeres Arbeitsleben und Arbeitsfähigkeit fördern und 3. Altern in Würde sicherstellen.

Konsens der Debatten war, die verschiedenen Lebensalter in einer Lebensverlaufsperspektive (life course approach) stärker in den Blick zu nehmen und das Zusammenleben der Generationen zu fördern. Insbesondere die zivilgesellschaftlichen Organisationen sprachen sich dafür aus, den Schutz der Menschenrechte Älterer in die Erneuerung der Selbstverpflichtungen des Zweiten UN-Weltaltenplans einzubeziehen. Der Schutz der Menschenrechte Älterer sei die Grundlage für die Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Lebenssituation. Weiterhin sollte die Gender-Perspektive verfolgt werden.

In einer Poster-Ausstellung erfuhr der 2015 durchgeführte Karikaturenwettbewerb des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Veränderung der Altersbilder große Aufmerksamkeit.

Die Präsentationen, Poster und Redebeiträge stehen auf der Konferenz-Website http://www.unece.org/pau/ageing/ministerial_conference_2017.html als Download zur Verfügung.

Am Vortag zur UNECE-Ministerkonferenz kamen zivilgesellschaftliche Organisationen im NGO-Forum zusammen, um sich über den Stand der Umsetzung in den Ländern auszutauschen. Ziel war es, den Dialog in der Zivilgesellschaft zu den drei Themenfeldern der Ministerkonferenz (Potenziale Äterer, längeres Arbeitsleben und Altern in Würde) zu befördern und Forderungen und Empfehlungen zur weiteren Umsetzung des Zweiten UN-Weltaltensplans zu formulieren.

Das erste Podium beschäftigte sich mit der Frage, inwieweit Ministerkonferenzen zu Fragen des Alterns die tatsächliche Lebenssituation älterer Menschen verändern helfen und ob neue Ansätze und Formen der politischen Intervention notwendig sind.

Dr. Heidrun Mollenkopf, Vorstandsmitglied bei der **BAGSO** und bei **AGE Platform Europe**, sprach sich dafür aus, die Debatten um die Stärkung der Menschenrechte Äterer und die Umsetzung der Ziele des Zweiten UN-Weltaltensplans miteinander zu verknüpfen: „Während die offene Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen zu Fragen des Alterns (UN OEWG-A) das ausschließliche Mandat hat, die Rechte älterer Menschen zu fördern, bietet der Zweite UN-Weltaltensplan einen umfassenden Rahmen für Maßnahmen basierend auf den Menschenrechten. Beide Prozesse ergänzen sich und älteren Menschen bzw. ihren Vertretern sollte die Möglichkeit gegeben werden, zu diesen wichtigen Entwicklungen beizutragen.“

Am Nachmittag gaben **Silvia Perel Levin** vom **NGO Committee on Ageing Genf** und **Susan Somers** vom **NGO Committee on Ageing New York** einen Überblick über die Entwicklung der Debatte zur Stärkung der Menschenrechte Äterer.

Erica Dhar, **AARP International**, berichtete von der Stakeholder Group on Ageing, die sich auf der Ebene der Agenda 2030 für die Umsetzung der Sustainable Development Goals einsetzt und die Perspektive der Äteren einbindet (www.stakeholdergrouponageing.org). Im NGO-Forum wurde empfohlen, sich als zivilgesellschaftliche Organisation je nach Kompetenz in eine der drei Politikfelder einzubringen: 1. Menschenrechte Äterer (z.B. über die offene Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen zu Fragen des Alterns und die Mitglieder der Arbeitsgruppe), 2. Agenda 2030 / Sustainable Development Goals (z.B. über die Stakeholder Group on Ageing) oder 3. Zweiter UN-Weltaltensplan (MIPAA).

In dem Workshop „Altern in Würde“ berichteten die Teilnehmenden über die Lebenssituation der älteren Menschen in den verschiedenen Ländern. Zum Teil seien die Renten so niedrig, dass ein Leben in Würde nicht möglich sei, da z.B. adäquates Wohnen und eine adäquate Pflege im Alter nicht bezahlbar seien. Selbst neu geschaffene staatliche Rentensysteme reichten nicht aus, um Altersarmut zu verringern. Aus finanziellen wie auch aus kulturellen Gründen übernahmen vielerorts immer noch die Familienangehörigen, zumeist die Frauen, die Pflegearbeit. Dringend erforderlich seien Fortbildungen und Begleitung der Pflegenden für die anspruchsvolle Pflegearbeit. Die Behandlung in Pflegeheimen sei häufig nicht respektvoll gegenüber den Heimbewohnerinnen und -bewohnern. Vor allem in ländlichen Gebieten fühlten sich viele Ältere, insbesondere Frauen, alleingelassen, weil die jüngeren Generationen und die Ehemänner abwanderten. Am Ende des Workshops wurde die Bedeutung von Bildung für alle Altersgruppen und das Zusammenwirken der Generationen nochmals herausgestellt.

Gertraud Dayé, Vorsitzende des **NGO Committee on Ageing Wien**, fasste die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zusammen und stellte den überarbeiteten Entwurf für die NGO-Erklärung vor. Die zivilgesellschaftlichen Akteure des NGO-Forums sprachen sich dafür aus, die Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft, Forschung und politischen Institutionen weiter zu verstärken, um Politik zu gestalten sowie Strategien zu entwickeln und zu implementieren. Es sei notwendig, auf Altersdiskriminierung (Ageism) aufmerksam zu machen und einen inklusiven Dialog mit allen voranzutreiben. Nicht zuletzt ginge es um die konkrete Lebenssituation vieler älterer Menschen und um Menschen, die in Notsituationen Hilfe benötigen. Verabschiedet wurde eine NGO-Erklärung, die **Dirk Jarré von EURAG** auf der UNECE-Ministerkonferenz vortrug.

Ziel des Forschungsforums (UNECE Regional Research Forum on Ageing) war es, den Dialog zu den drei Themenfeldern der Ministerkonferenz aus den verschiedenen Perspektiven der Altersforschung zu bekräftigen, gemeinsame Forschungsergebnisse als Grundlage für die Ministerkonferenz herauszufiltern und Prioritäten für die zukünftige Altersforschung zu definieren. In dem Themenblock „Was sind die Potenziale älterer Menschen?“ gab **Prof. Andreas Kruse, Universität Heidelberg**, einen Überblick über die Themenbereiche, die bei der Definition der Potenziale älterer Menschen eine Rolle spielen, u.a. medizinische und pflegerische Versorgung, Robotisierung in der Altenpflege, Veränderungen der Altersbilder, selbstbestimmtes Leben im Alter, Beiträge zur Wirtschaft usw. Die spannende Frage bliebe, wie das Potenzial Älterer gemessen werden könne.

Das Forum verfasste eine Erklärung, die ebenfalls während der folgenden Ministerkonferenz vorgestellt wurde.

Ministerkonferenz 21.-22.09.2017

Der portugiesische **Minister für Arbeit, Solidarität und Soziale Sicherheit, José António Vieira da Silva**, übernahm den Vorsitz der Ministerkonferenz. Es folgten einführende Beiträge von **Adalberto Campos Fernandes, Gesundheitsminister Portugals** und **Olga Algayerova, Geschäftsführerin der UNECE**.

In einer Videobotschaft bekräftigte **Rosa Kornfeld-Matte, Unabhängige Expertin der Vereinten Nationen für die Rechte älterer Menschen**, erneut ihre Empfehlung, ein bindendes Rechtsinstrument zum Schutz der Rechte Älterer zu schaffen.

Vitalija Gaucaite Wittich, Leiterin der **Population Unit der UNECE**, stellte den UNECE Synthesebericht vor, eine Zusammenfassung aller eingereichten nationalen Berichte zum Stand der Umsetzung des Zweiten UN-Weltaltenplans (MIPAA). Rund 80 Prozent der UNECE Mitgliedsstaaten hätten über ihre Umsetzung berichtet. Die meisten durchgeführten Maßnahmen seien im Bereich Gesundheit erfolgt. Frau Gaucaite Wittich erläuterte die Entwicklung in den Jahren 2002 bis 2017 und stellte die Bedeutung von MIPAA als internationalen Rahmen für Maßnahmen in den Ländern heraus.

Heinz Koller, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien bei der **International Labour Organization (ILO)**, thematisierte in seinem Vortrag die Integration älterer Menschen in den Arbeitsmarkt und die Voraussetzung für ein längeres Arbeitsleben. Es müsse darum gehen, anständige und annehmbare Stellen („decent jobs“) für Ältere

zu schaffen und nicht prekäre Lebenssituationen älterer Menschen fortzusetzen. Zudem müsste das Augenmerk auch auf die unbezahlte Arbeit gelegt werden, die hauptsächlich von Frauen geleistet werde. Es bestehe kein Zweifel daran, dass viele ältere Menschen einer Arbeit nachgehen und zur Gesellschaft beitragen möchten. Jedoch dürften die Arbeitsbedingungen und die Sicherung von Gesundheits- und Sicherheitsstandards nicht aus dem Blick geraten. Arbeitgeber sollten sensibilisiert werden. Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer könnten mit ihrem Erfahrungsschatz wesentlich zum Erfolg beitragen: „Jüngere Menschen rennen schneller, aber ältere Menschen kennen die Abkürzungen.“ Zudem wies Herr Koller auf die Herausforderungen der Digitalisierung und des Robotisierens hin.

Das erste Experten-Podium befasste sich mit den Strategien, wie Gesellschaften für den Wert und die Potenziale älterer Menschen sensibilisiert werden und Solidarität zwischen den Generationen gefördert werden kann.

In ihrem einführenden Vortrag sprach sich **Sarah Harper**, Co-Direktorin des **Oxford Institute of Population Ageing** der Universität Oxford, dafür aus, das Wissen, die Kompetenzen und das Know-How der Älteren noch stärker in politische, ökonomische und soziale Bereiche einfließen zu lassen.

Elke Ferner, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, sprach zum Thema „Die Potenziale des längeren Lebens erkennen“ und betonte die Bedeutung einer guten sozialen Infrastruktur: „Unsere Gesellschaft ist mitten im demografischen Wandel. Deshalb ist es unerlässlich, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass ältere Männer und Frauen bis ins hohe Alter gut und selbstbestimmt leben können und gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben können. Dazu gehört die Potenziale des aktiven Alterns zu nutzen aber auch eine gute soziale Infrastruktur vor Ort: Wir brauchen altersgerechte Wohnangebote und eine altersgerechte soziale Infrastruktur mit Mehrgenerationenhäusern, bezahlbaren Pflegediensten und Diensten zur Unterstützung im Haushalt sowie Zugang zu medizinischer Versorgung. Nur so können Ältere in ihrer gewohnten Umgebung alt werden und am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Gute Lebensbedingungen müssen gute Lebensbedingungen in Kommunen sein. Das kann nur gelingen, wenn Bund, Länder und Kommunen zusammenarbeiten.“

Ekaterina Antipova, Abteilungsleiterin bei der Universität Weißrussland, stellte die Maßnahmen und Daten zur Umsetzung des Zweiten UN-Weltaltentplans in Weißrussland vor.

Ann-Kristin Boström, ENCELL, dem nationalen Zentrum für lebenslanges Lernen, Schweden, stellte in ihrem Beitrag heraus, wie wichtig Bildung bis ins hohe Lebensalter für die Entfaltung des Potenzials Älterer sei. Besonders die Einbindung und der Austausch zwischen den Generationen seien notwendig, um Sozialkapital in einer Kommune zu bilden. **Josh Collett**, Vizepräsident von **AARP**, USA, stellte die Lebensverlaufsperspektive und den intergenerationellen Ansatz bei AARP dar. Die Frage des Alterns sei eng mit der Frage verbunden, welche Vorstellungen vom Leben insgesamt existieren. **Gulnara Minnigaleeva**, Gründerin der Organisation „**Wisdom Ripening**“ in Russland, formulierte die These, dass es weniger um einen zu großen Abstand zwischen den Generationen ginge, sondern um ein Kommunikationsproblem.

Eine Studie habe ergeben, dass die existierenden negativen Altersbilder im Widerspruch stehen zu den positiven Assoziationen, die jüngere Menschen in Bezug zu den Älteren in ihrer Umgebung formulieren.

Die anschließende Diskussion vertiefte den generationenübergreifenden Ansatz. Abschließend wurde festgestellt, dass es keine einheitliche Lösung gibt. Vielmehr sollten die Unterschiede in den Ländern wahrgenommen und das Lernen voneinander gefördert werden.

H.E. Marcelo Rebelo de Sousa, Präsident der Republik Portugal, bekräftigte in seiner Rede die Bedeutung des Zweiten UN-Weltaltentplans für die internationale Altenpolitik. Zugleich sei vieles im Wandel, sodass noch nicht abzusehen sei, wie sich die Gesellschaften in den kommenden Jahren entwickeln würden. Lebensqualität stehe zukünftig im Mittelpunkt. Benötigt werden keine neuen kulturellen und ökonomischen Ansätze, sondern menschliche bzw. menschenfreundliche Perspektiven. Die verschiedenen Lebensalter würden die Realität und die verschiedenen Altersgruppen unterschiedlich wahrnehmen und bewerten. Dies sei verständlich. Dennoch lade er die Konferenzteilnehmenden dazu ein, optimistisch zu sein und zuversichtlich in die Zukunft zu schauen.

Das zweite Expertenpodium beschäftigte sich mit der Forderung, ein längeres Arbeitsleben zu ermöglichen. **Stefano Scarpetta**, Direktor der Abteilung Beschäftigung, Arbeit und Soziales der **OECD** stellte einleitend aktuelle Statistiken zur globalen demografischen Entwicklung dar. Steigende Ungleichheiten, unterschiedliche Bildungsniveaus und digitale Kompetenzen zählen zu den Herausforderungen der Zukunft. Dies wirke sich unmittelbar auf die Beschäftigung Älterer und die Integration auf dem Arbeitsmarkt aus. Daraufhin stellte Herr Scarpetta die Strategien der OECD zu verstärkter Beschäftigung und zur internationalen Seniorenpolitik vor.

Björn Halvorsen, Rentner und Berater im **Ministerium für Arbeit und Soziales, Norwegen**, informierte darüber, welche Maßnahmen in Norwegen zu dem Anstieg an älteren Beschäftigten geführt haben. Der Stellenzuschnitt solle z.B. möglichst flexibel und altersgerecht sein. Die zukünftige Beschäftigungspolitik in Unternehmen solle sich stärker an die Lebenssituationen in den verschiedenen Altersgruppen anpassen.

Boris Macjen, Direktor des **Institutes für Ökonomische Forschung** (Institute for Economic Research) in Slowenien bestätigte, dass auch in Slowenien der demografische Wandel nicht mehr aufzuhalten sei. Es sei eine große Herausforderung für die Zukunft, den späten Einstieg und zu frühen Ausstieg in Beschäftigung zu reduzieren. Dafür sei z.B. eine Weiterentwicklung des Rentensystems erforderlich.

Als Unternehmensvertreter stellte **Jorge Figueiredo, Delta Cafés Portugal**, die Personalpolitik seines Unternehmens vor. Es müsse zukünftig darum gehen, Talente aller Altersgruppen wertzuschätzen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihren unterschiedlichen Lebenssituationen an ein Unternehmen zu binden.

Montserrat Mir Roca, konföderale Geschäftsführerin, **European Trade Union Confederation**, stellte die Implikationen der Digitalisierung vor. Für die Bewältigung zukünftiger Herausforderung sei es unabdingbar, Möglichkeiten des lebenslangen Lernens sicherzustellen. In Ergänzung hierzu stellte **Nuno Biscaya**, Vertreter von

BusinessEurope, fest, dass die Auswirkungen der Industrie 4.0 auf ältere Menschen jetzt noch nicht vorhersehbar seien.

In der anschließenden Diskussion wurde die Leitidee des aktiven Alterns thematisiert und gefragt, ob sich diese nur auf das Arbeitsleben beziehe. Bevor es um Rentensysteme ginge, solle zunächst sichergestellt werden, dass möglichst viele Menschen erwerbstätig seien. Für die Integration einer Lebensverlaufsperspektive sei Umdenken bei den Arbeitgebern notwendig. Sie sollten zudem stärker mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Forschungseinrichtungen zusammenarbeiten. Der „Diversity“-Ansatz und Konzepte des lebenslangen Lernens sollten verstärkt in Unternehmen umgesetzt werden.

Das dritte Expertenpodium thematisierte Altern in Würde. **John Beard**, Direktor des „Ageing and Life Course Department“ der **Weltgesundheitsorganisation (WHO)**, nahm zunächst Bezug zu den Bedürfnissen älterer Menschen. Hierzu zählen die 1. basale Bedürfnisse befriedigen (wie z.B. Essen, Schlafen, Unterkunft), 2. das Bedürfnis zu lernen, zu wachsen und Entscheidungen zu treffen, 3. Mobilität, 4. Beziehungen aufbauen und erhalten, 5. etwas zur Gesellschaft beizutragen. In den Strategien müsse es also darum gehen, Bedeutung und Würde des Alterns herauszustellen und gleichzeitig die Bedürfnisse der Menschen ernstzunehmen. In der Realität bedeute dies, die basalen Bedürfnisse zu befriedigen, Altersdiskriminierung zu beenden, Training und Unterstützung für Pflegende anzubieten sowie Langzeitpflege weiter zu entwickeln und kontinuierlich zu überprüfen.

Pascal Froudière, Abteilungsleiter Europa und Internationale Beziehungen, **Ministerium für Solidarität und Gesundheit, Frankreich**, stellte die umgesetzten Maßnahmen in Frankreich vor. Vieles davon sei bereits Bestandteil der französischen Gesetzgebung. Frankreich unterstütze ein "Triple A": Anticipation / Adaptation / Accompanying, also Vorausplanung, Anpassung und Begleitung. Um finanziellen Missbrauch zu vermeiden, seien Schenkungen oder Stiftungen von älteren Menschen verboten. Ausdrücklich werde eine bessere Umsetzung bestehender statt bindender neuer Regulierungen gefordert.

Miguel Valero Duboy, Direktor **IMSERSO, Spanien**, informierte über die Maßnahmen, die umgesetzt wurden, um aktives Altern zu ermöglichen. Es wurden u.a. Hilfsmittel (z.B. PC-Bedienhilfen) entwickelt, um ein längeres Arbeitsleben zu ermöglichen. Die soziale Einbindung Älterer und das Zusammenspiel von jung und alt werde z.B. über Leseprojekte für Kinder und Jugendliche oder Internationale Wochen gefördert. Die Unabhängigkeit im Alter werde mit einfachen Hilfsmitteln erleichtert. Für diese Maßnahmen seien Technologien und Hilfsmittel, eine gute Zusammenarbeit verschiedener Kooperationspartner und Gesundheitsförderung bis ins hohe Alter wichtige Voraussetzungen.

Tine Rostgaard, Danish Institute for Local and Regional Government Research, Dänemark, stellte die Bedeutung individualisierter Pflege in den Mittelpunkt. Ältere Menschen wollten vor allem in den eigenen vier Wänden älter werden. In Dänemark sei nun ein Pflegeansatz erprobt worden, der ein unabhängiges Leben zuhause ermöglicht. Der Ansatz, der auch in Norwegen und Neuseeland implementiert ist, beinhaltet die aktive anstatt der passiven Pflege. In 12 Wochen arbeitet ein interdisziplinäres Team mit dem Kunden, um dann zu entscheiden, welche

Hilfsmaßnahmen im eigenen Zuhause benötigt werden oder ob z.B. ein Heimaufenthalt angebracht ist. Im Fokus des Ansatzes steht die Selbstbestimmung des älteren Menschen und das Trainieren und Heranführen an die eigenen Bewältigungsmöglichkeiten im Alltag. In Dänemark wurden positive Erfahrungen mit dem Ansatz gemacht, der es Menschen ermögliche, ihre verlorenen oder geschwächten Fähigkeiten wieder zu erlangen und neues Selbstvertrauen zu gewinnen. Dies habe in den letzten Jahren zu einem geringeren Pflegebedarf geführt.

José Pereira Miguel, Professor an der medizinischen Fakultät der Universität Lissabon, Portugal, informierte über die nationale Strategie, ein würdevolles Altern zu garantieren. An dem Konzept, das nun der Regierung vorgelegt werde, arbeiteten mehrere Ministerien zusammen. Es beinhalte die vier Felder Gesundheit, Partizipation, Sicherheit sowie wissenschaftliche Begleitung und Monitoring.

Natasa Todorovic, Rotes Kreuz Serbien, untermauerte in ihrem Beitrag die Bedeutung des ageing mainstreamings und die Wichtigkeit von Maßnahmen, die sich gegen negative Altersbilder wenden. Sie unterstützte die Forderung nach einer UN-Konvention für die Rechte älterer Menschen.

In der anschließenden Diskussion wurde auf den Weltalzheimertag und die Zunahme dementieller Erkrankungen hingewiesen. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, dass das Altern in Würde nicht nur eine Frage der (Produkt-)Innovationen sei, sondern auch gesetzlich abgesichert sein müsse. Wichtige Themen, die in weitere Diskussionen eingehen sollten, waren u.a. „Forschung oder Innovation?“ und „Ethische Aspekte“.

Alexandre Sidorenko, Seniorberater im European Centre for Social Welfare Policy and Research, fasste das Expertenpodium zusammen. Altern solle – auch unter Bezugnahme der Lebensverlaufsperspektive, neu definiert werden. Konzepte und Strategien seien verfügbar, die Evidenz für Problemlagen zunehmend. Altern solle nicht bekämpft, sondern es sollten Anpassungsmaßnahmen ergriffen werden.

Am zweiten Konferenztag ließ **José António Vieira da Silva, Minister für Beschäftigung, Solidarität und Soziale Sicherheit Portugal**, den vergangenen Tag Revue passieren und beschrieb die Herausforderungen, die mit der Umsetzung des Zweiten UN-Weltaltenplans verbunden sind. Die Arbeitslosigkeit sei zwar insgesamt zurückgegangen, aber ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen seien besonders betroffen. Die ökonomische Krise habe zu geringeren Geburtenraten und dadurch einem doppelten Altern der Gesellschaft geführt.

In einer Videoansprache bekräftigte **António Gueterres, Generalsekretär der Vereinten Nationen**, die Notwendigkeit, lebenslanges Lernen, Gesundheit und aktives Altern in den Mittelpunkt nationaler und internationaler Seniorenpolitik zu stellen.

In ihrer Einführung rief **Olga Algayerova, Executive Secretary der UNECE**, dazu auf, den Austausch möglichst vieler Interessengruppen fortzusetzen, um gemeinsam an der Umsetzung der Ziele des Zweiten UN-Weltaltenplans zu arbeiten. Im Sinne der Etablierung einer nachhaltigen Gesellschaft für alle Lebensalter habe sich die UNECE von Beginn dafür ausgesprochen, die Zivilgesellschaft und die Forschung in den Diskussionsprozess zwischen den UNECE-Ländern einzubeziehen.

Erika Winkler, Vorsitzende der **UNECE-Arbeitsgruppe zu Fragen des Alterns**, erläuterte die Arbeit der Arbeitsgruppe zu Fragen des Alterns und wies erneut auf die Inhalte der drei großen Themenfelder der Ministerkonferenz und ihre Bedeutung für die UNECE-Ministererklärung hin: 1. Die Potenziale des längeren Lebens erkennen, 2. Längeres Arbeitsleben und Arbeitsfähigkeit fördern und 3. Altern in Würde. Zukünftig solle es noch mehr um aktives Altern gehen. Hier seien Fortschritte erreicht worden, die allerdings nicht ausreichten. Sie forderte, die Individuen zu stärken, Ageismus und Diskriminierung zu bekämpfen und die Leistungen Älterer anzuerkennen. Für Pflegende solle es verstärkt Training und Fortbildung geben. Zukünftig sollten „Caring Communities“ entwickelt und die Solidarität gestärkt werden. Es gelte, die Würde und die fundamentalen Rechte der älteren Menschen zu schützen.

Auf dem Podium tauschten sich Ministerinnen und Minister sowie Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft über die Frage aus, wie das Potenzial älterer Menschen vor dem Hintergrund einer generationsübergreifenden Perspektive bewusst gemacht werden kann. **Mónica Ferro**, Direktorin des **United Nations Population Fund (UNFPA)**-Büros in Genf, betonte, dass die Generationen-Perspektive immer auch eine Lebensverlaufsperspektive sei. Wichtiger als die wirtschaftlichen Strategien und Begründungszusammenhänge sei der politische Wille, die Lebenssituation von Jung und Alt gleichermaßen in den Blick zu nehmen. Auch die Sandwich-Generationen dürften nicht vergessen werden. Dabei betonte sie ebenfalls, dass es nicht um Kosten, sondern um Investitionen in Gesundheit gehe. Ältere könnten hier noch mehr als bisher beitragen. Sie sollten befähigt werden, länger zu arbeiten – aber nur auf freiwilliger Basis.

Carmen Balfagón Llored, Geschäftsführerin von **IMSERSO**, Spanien, hob die Bedeutung technischer Weiterentwicklung hervor. IMSERSO setze auf personenzentrierte unterstützende Technologien und intergenerationelle Solidarität.

Janis Reirs, Minister für Wohlfahrt in Lettland, stellte in seiner Ansprache Projekte vor, in denen ältere Menschen den jüngeren Generationen Wissen und Fertigkeiten weitergeben. In Lettland fänden viele Aktivitäten zur Förderung des aktiven Alterns und zu Gesundheitsthemen statt. Ein großes Thema sei aber auch der ungleiche Zugang zur Gesundheitsversorgung und die Einkommensungleichheit.

Greg Shaw, Direktor der **International Federation on Ageing (IFA)**, führte aus, dass Altersdiskriminierung die positiven Beziehungen zwischen den Generationen behindere. Er begrüße die Kampagne der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Man müsse die Annahmen und Vorstellungen zum Altern grundsätzlich verändern. Hierzu seien Maßnahmen, die mehrere Generationen einbinden, sinnvoll. Der nächste Schritt sei aber auch in jedem Fall eine Konvention zum Schutz der Rechte Älterer, um auch ein rechtliches Instrument in den Händen zu haben.

Daran anschließend führte **Ebbe Johansen**, Vizepräsident der **AGE Platform Europe** aus, dass die Gruppe der Älteren vielfältig sei: Ein Großteil der Älteren lebe unabhängig und wolle ein aktives Leben führen. Ein kleinerer Teil sei jedoch hilfebedürftig, wobei sich die Gruppe wiederum aufteilt in Menschen, die intensive stationäre Pflege benötigten und diejenigen, die zuhause versorgt würden. Die gesellschaftliche Entwicklung sei noch nicht vorhersehbar. Daher würden neue Strategien benötigt, um einen gesellschaftlichen Riss zu vermeiden. Abschließend

betonte er, dass der Zweite UN-Weltaltenplan ein starkes Instrument sei, aber auf der anderen Seite für eine Konvention zur Stärkung der Rechte Älterer gekämpft werden müsse. Die Anstrengungen für MIPAA und OEWG-A sollten zusammengeführt werden.

Wie sieht die Perspektive der jüngeren Generationen aus? **Luis Alvarado Martinez**, Präsident des **European Youth Forum**, kritisierte, dass junge Menschen zu wenig in der Politik und in den politischen Diskursen vertreten seien. Sowohl die jüngeren als auch die älteren Menschen seien Minderheiten, die über die herkömmlichen sozialen Versorgungssysteme in den Ländern nicht mehr adäquat unterstützt würden. Insbesondere junge Frauen seien bereits jetzt in vielerlei Hinsicht diskriminiert. Viele junge Menschen zahlten in Renten ein, ohne zu wissen, ob sie davon im Alter noch profitieren würden. Wenn nicht genügend in die Pflege Älterer investiert werde, müssten zukünftig vor allem die jüngeren Generationen die Pflege übernehmen. Sie verlören dadurch Freiheiten und möglicherweise ihren Arbeitsplatz. Deshalb sei ein neuer Sozialvertrag notwendig: Es müsse ein neuer Rahmen gesteckt werden, um eine nachhaltige Entwicklung in den Gesellschaften zu ermöglichen. Es solle um die Rechte aller gehen, sowohl der jüngeren wie auch der älteren Generationen. Neue Rechtsgrundlagen und Konventionen seien erforderlich, da die Systeme allein die Veränderungen nicht umsetzen können. Abschließend appellierte er dafür, die jüngeren Generationen positiv zu sehen: Die „Millenium-Generation“ sei „intolerant gegenüber Intoleranz“ und stehe für einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt ein.

In der anschließenden Diskussion betonten alle Beteiligten, dass die Generationen stärker zusammengerückt seien und die Zusammenarbeit der verschiedenen Generationen im Sinne einer gemeinsamen Zielerreichung zukünftig verstärkt werden solle.

Dirk Jarré, Präsident der **EURAG**, stellte die wichtigsten Thesen der Erklärung der zivilgesellschaftlichen Organisationen vor:

- Forderung einer Konvention als verbindliches Rechtsinstrument zum Schutz der Rechte Älterer
- Einbindung älterer Menschen und zivilgesellschaftlicher Organisationen in die Implementierung, in das Monitoring und die Evaluierung der Agenda 2030 bzw. den Sustainable Development Goals.
- Entwicklung von Politikansätzen, die effektiv Altersdiskriminierung, Ageism, abwertendes Verhalten, Gewalt und Missbrauch gegenüber älteren Frauen und Männern untersagen.
- Abbau von Hemmnissen und Stärkung der Stimme der älteren Menschen und der Seniorenorganisationen in der Forschung, im Monitoring und der Implementierung von politischen Ansätzen.
- Stärkung des Rechtes älterer Menschen auf Würde, Wohlbefinden, ausreichendem Einkommen, Freiheit, Sicherheit und sozialer Inklusion.
- Enge Einbindung von älteren Menschen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, um sicherzustellen, dass die Verpflichtungen, die auf der Ministerkonferenz gemacht wurden, realisiert werden.

Kai Leichsenring, Vorsitzender des **UNECE Regional Forum on Ageing**, stellte die Ergebnisse des Vortags und das Statement des Research Forums vor. Die Forscherinnen und Forscher sprachen sich u.a. dafür aus, den Implementierungsprozess des Zweiten UN-Weltaltensplans und der Regionalen Implementierungsstrategie (RIS) wissenschaftlich zu begleiten und zu untermauern und u.a. Aspekte des Lebensverlaufs und der Ungleichheit von Männern und Frauen in den Blick zu nehmen. Herr Leichsenring appellierte dafür, statt eines Diskurses über Kosten einen Diskurs über „Social Investment“ zu führen.

Der erste ministerielle runde Tisch zum Thema „Längeres Arbeitsleben und Arbeitsfähigkeit fördern“ wurde durch die Rede von **Marianne Thyssen**, Kommissarin für **Beschäftigung, Soziales, Kompetenzen und Arbeitsmobilität der Europäischen Kommission** eröffnet. Frau Thyssen bezog sich auf die EU Pillar of Social Rights und stellte die zukünftigen Herausforderungen in den Arbeitsmärkten dar. Durch den geringer werdenden Anteil der Erwerbstätigen würden viele Herausforderungen auf Europa zukommen. Andererseits würde die demografische Entwicklung aber auch Chancen bieten, wie z.B. die Möglichkeiten des aktiven Alterns und der sozialen Einbindung durch das längere Arbeiten oder aber der Jobzuwachs durch die sogenannte „silver economy“. Beispiele aus Deutschland, den Niederlanden und Dänemark zeigten, dass, je mehr und je länger die Menschen erwerbstätig seien, desto geringer sei auch die Arbeitslosigkeit bei jüngeren Generationen. In Europa werden zudem derzeit viele Rentenreformen umgesetzt. Um den älteren Generationen eine möglichst lange Erwerbstätigkeit zu ermöglichen, werden adäquate Stellen, Kompetenzen und Zugänge benötigt. Um auch im Alter wettbewerbsfähig zu sein, sei lebenslanges Lernen unbedingt notwendig.

Martin Klöti, **Präsident der kantonalen Minister für Soziales**, Schweiz, stellte die These voran, dass es den jüngeren Generationen noch nie so gut ginge wie heute. In Bezug auf die Erwerbstätigkeit älterer Menschen sei es notwendig, freiwillig länger zu arbeiten. Niemand solle jedoch zu einer längeren Erwerbstätigkeit gezwungen werden. Die Altersgrenzen sollten flexibel an die Ländersituation angepasst werden.

Grigory Lekarev, stellvertretender **Minister für Beschäftigung und sozialen Schutz, Russland**, machte darauf aufmerksam, dass die längere Erwerbstätigkeit älterer Menschen häufig an der mangelnden Bereitschaft der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber scheitere. Hier sollten – basierend auf allgemeinen Menschenrechten – bessere Bedingungen geschaffen werden.

Wie kann von staatlicher Seite die Erwerbstätigkeit Älterer gefördert werden? **Edeltraud Glettler**, Generaldirektorin, **Ministerium für Beschäftigung, Soziales und Konsumentenschutz, Österreich**, informierte über die Aktivitäten in Österreich, wie z.B. das Programm „fit to work“, die Kampagne „Gesunde Arbeitsplätze für alle Lebensalter“. Frau Glettler sprach sich für die Thematisierung der Menschenrechte aus und signalisierte, dass Österreich die Arbeit der Offenen Arbeitsgruppe zu Fragen des Alterns der Vereinten Nationen weiterhin unterstützen werde. Österreich habe in Zusammenarbeit mit Seniorenräten neue Jobs für Ältere geschaffen durch gesunde Arbeitsplätze und eine Strategie des lebenslangen Lernens. Frau Glettler bezog sich auf den Bericht von Frau Kornfeld-Matte und bestätigte, die Arbeit im OEWG-A Support Office fortzusetzen.

In verschiedenen Statements informierten anschließend die Ländervertretungen über die durchgeführten Maßnahmen und Programme in den Ländern.

Elke Ferner, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, sprach sich dafür aus, altersgeeignete Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen zu schaffen, z.B. im Hinblick auf Arbeitsstunden und Vereinbarkeit von Familienleben und Arbeit. Sie sprach sich für präventive Gesundheitsvorsorge aus, Gesundheits- und Sicherheitsprogramme, Risikoeinschätzung sowie für Maßnahmen der beruflichen Förderung und Entwicklung. Sie verwies dabei auf die Familienpflegezeit und die FlexiRente der Bundesregierung.

- Weißrussland unterstützte MIPAA und appellierte daran, Rente und Erwerbseinkommen kombinierbar zu gestalten. Es sollten keine Altersgrenzen festgelegt werden.
- Norwegen stellte die Digitalisierung und das dafür erforderliche lebenslange Lernen in den Vordergrund. Je mehr Jahre, desto mehr Möglichkeiten gäbe es.
- Lettland berichtete von seiner „Active Ageing“-Strategie.
- Kanada beschrieb Ageismus als die Form der Diskriminierung, die am meisten akzeptiert werde. Es sei mehr Investition und Prävention nötig, um Krankheiten und Pflegekosten zu vermeiden. Eine UN-Menschenrechtskonvention für Ältere sei notwendig.
- Luxemburg sprach sich für die nachhaltige Gesellschaft sowie für lebenslanges Lernen im Zuge der Digitalisierung aus.
- Slowenien hat eine offene Debatte zur Bekämpfung von Altersstereotypen gestartet. Arbeitgeber erhalten eine finanzielle Unterstützung, wenn sie Ältere beschäftigen.
- Portugal setzte sich dafür ein, dass nicht nur das Erwerbsalter erhöht werde, sondern gleichzeitig auch die Arbeitsbedingungen in den Blick genommen werden.
- Bulgarien berichtete von verschiedenen Maßnahmen, die im Zuge von MIPAA umgesetzt worden seien.
- Island plant, binnen der kommenden zwanzig Jahren das Renteneintrittsalter auf 70 Jahre anzuheben. Die Generationen sollten nicht miteinander konkurrieren, sondern zusammen leben und arbeiten.

Zusammenfassend stellte **Agnieszka Chłoń-Domińczak, Warsaw School of Economics**, Polen, fest, dass in dem Themenkomplex verschiedene Schwerpunkte der Debatte aufgetreten sind: Rentensysteme, technologische Entwicklungen, Silver Economy sowie Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz. Gleichzeitig bestünde ein weitgehender Konsens darüber, dass zwar die Arbeitsfähigkeit Älterer gefördert werden müsse, dennoch aber die Entscheidung, weiterhin erwerbstätig sein zu wollen, flexibel gehandhabt werden solle.

Der zweite ministerielle Runde Tisch thematisierte die Forderung, Altern in Würde sicherzustellen. **Jim Daly, Minister für Gesundheit und ältere Menschen, Irland**, fasste die gesellschaftlichen Chancen des längeren Lebens zusammen. Um jedoch eine gute Lebensqualität für die alternde Bevölkerung sicherzustellen, sollten die Förderung von Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und Partizipation in der

Gesellschaft im Fokus stehen. Es müssten die Rechte älterer Menschen und ihre Würde gewahrt bleiben. Irland setze auf „Age Friendly Environments“.

Artem Asatryan, Minister für Arbeit und Soziales, Armenien, informierte über den Aktionsplan bzgl. Altern und den sozialen Schutz älterer Menschen, der jüngst in Armenien für den Zeitraum 2017-2021 verabschiedet wurde. Die gestärkte Zusammenarbeit verschiedener Akteure stehe dabei im Fokus. Es erfolgten Beratungen mit einem Netzwerk älterer Menschen.

Céline Fremault, Ministerin für Soziales, Familie, Politik für Menschen mit Behinderung und internationale Beziehungen der Region Brüssel, sprach sich dafür aus, dass Ältere selbst bestimmen sollten, wo und wie sie gepflegt werden. Der zukünftige Schwerpunkt läge auf der ambulanten Pflege. Die Pflege innerhalb der Familie und Mehrgenerationenprojekte bekämen einen immer größeren Stellenwert.

Olga Krentovska, erste stellvertretende Ministerin für Sozialpolitik, Ukraine, stellte die Veränderungen der letzten Jahre und die entwickelten Prioritäten des Landes dar. Hierzu zählten u.a. Bildung, das Gesundheits- sowie das Rentensystem. Derzeit entwickeln viele Kommunen eigene Pläne. Geplant sei eine Rentenreform, die das längere Arbeiten berücksichtige.

Andreas Ignatiou, zypriotischer Botschafter in Portugal, informierte die Anwesenden darüber, dass Zypern das Thema Altern in Würde, ausgehend vom Zweiten UN-Weltaltenplan, intensiv verfolge und das Alter und Altern in vielen Politikfeldern einbezogen werden würde. Ein Beispiel: In 2014 wurde eine große Reform des Sozialsystems implementiert, um ein minimales Einkommen für alle Bürgerinnen und Bürger zu garantieren, von dem vor allem auch die Älteren profitieren. Notwendig seien sozialer und ökonomischer Schutz in einem sicheren Umfeld.

Es folgten Statements der verschiedenen Länder:

- Ungarn berichtete von den Bemühungen, Altern in Würde möglich zu machen. Es gäbe u.a. Seniorenräte.
- Mazedonien hebe hervor, dass Pflege vielfach von Älteren geleistet wird.
- Norwegen orientiere sich an dem Leitbild einer inklusiven Gesellschaft. Daher würde man verstärkt auf altersfreundliche Technologien setzen.
- Österreich verwies auf seine Demenzstrategie und Qualitätszertifikate für Langzeitpflege. Für die Zukunft seien sorgende Nachbarschaften erforderlich.
- Slowenien stärkte die Forderung nach einer UN-Konvention zum Schutz der Rechte älterer Menschen.
- Schweden unterstrich die große Bedeutung des Zweiten UN-Weltaltenplans (MIPAA)
- Italien sprach sich dafür aus, die Rentensysteme für die jetzigen und zukünftigen Generationen anzupassen.
- Brasilien berichtete von einem Impfprogramm. Zudem sei ein Telefondienst für die Hilfe bei Gewalterfahrung eingerichtet worden. Insgesamt sei Brasilien aber ein Land mit großen Gegensätzen.

Giovanni Lamura vom Nationalen Institut für Gesundheit und Alternswissenschaft in Italien fasste die zweite Ministerrunde zusammen und begrüßte, dass die Problematik aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet wurde. Bei

allen Herausforderungen gelte es auch zu sehen, welche Fortschritte in den Ländern sichtbar seien. Dabei ginge es nicht nur um Gesundheitsfragen, sondern auch um altersfreundliche Umgebungen. Für professionelle und informelle Pflegende sei ein Training zukünftig nötiger denn je. Im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes müsse es darum gehen, den Dialog mit allen Akteuren zu führen und die Menschenrechte Älterer in allen Bereichen zu berücksichtigen.

UNECE-Ministererklärung

Höhepunkt der Ministerkonferenz war daraufhin die Verabschiedung der UNECE-Ministererklärung.

Erika Winkler, Vorsitzende der UNECE-Arbeitsgruppe zu Fragen des Alterns stellte den Inhalt der Ministererklärung vor. Sie lobte den Prozess des Entstehens und die konstruktive Zusammenarbeit der Länder. Dabei hob sie die aktive Rolle Deutschlands hervor. Deutschland habe die Erklärung nicht nur entworfen, sondern über **Dorika Seib, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**, auch den kompletten Abstimmungsprozess koordiniert.

Die Ministererklärung formuliere die zentralen politischen Ziele der kommenden fünf Jahre. Die Themenfelder „Die Potenziale des längeren Lebens erkennen“, „Längeres Arbeitsleben und Arbeitsfähigkeit fördern“ und „Altern in Würde sicherstellen“ seien dafür eine geeignete Richtschnur. Nicht zuletzt sei die Implementierung von Maßnahmen der Altenpolitik die geteilte Verantwortung aller gesellschaftlichen Akteure.

Eine zentrale und neue Hauptaussage der sogenannten „Ministererklärung von Lissabon“ ist zudem, dass die UNECE-Mitgliedstaaten die Notwendigkeit sehen, die Möglichkeit zu eruieren, die Working Group on Ageing in ein stehendes Sektorales Komitee der UNECE zu transformieren - Ressourcen-neutral und ohne Vorbehalt zu anderen mandatierten Arbeitsbereichen der UNECE. Damit würden die Themen Alter und Altern sowie die Umsetzung des Zweiten UN-Weltaltensplans (MIPAA) und der UNECE-Regionalen Implementierungsstrategie (RIS) kontinuierlich bearbeitet und fortgeführt.

Sowohl **José António Vieira da Silva, Minister für Arbeit, Solidarität und Soziale Sicherheit in Portugal** wie auch **Olga Algayerova, Geschäftsführerin der UNECE**, lobten die konstruktive Zusammenarbeit der Länder und der verschiedenen Sektoren. In ihrem abschließenden Statement hob Frau Algayerova hervor, dass die Ministererklärung neben den Herausforderungen vor allem die Chancen eines längeren Lebens als Grundlage für eine nachhaltige Gesellschaft im Blick habe. Die internationale Zusammenarbeit sei für die Implementierung der Ziele und den weiteren Follow-up-Prozess zum Zweiten UN-Weltaltensplan weiterhin eine wichtige Basis. Das UNECE-Sekretariat und die Arbeitsgruppe zu Fragen des Alterns sehen sich in der Verpflichtung, die Aktivitäten und Maßnahmen der Länder weiterhin zu begleiten.

Gez. Silke Leicht, Dr. Heidrun Mollenkopf, 4.10.2017